gekehrt die Verhältnisse sich ungünstig gestalten, so wird daraus erst recht die Notwendigkeit einer Afrika Bahn gefolgert.

Vom bayrischen Universitätsskandal. Von den Professoren der würzburgischen Universität ist an den Rektor und Senat eine Adresse gerichtet worden. Es haben unterschrieben 21 ordentliche und 6 außerordentliche Professoren, so daß mit Einschluß der Senatoren 32 ordentliche Professoren, [illegible] Majorität der wahlberechtigten 43 Professoren, gegen das Verhalten des Ministers protestieren. Von den nicht protestierenden 8 ordentlichen Professoren gehören 5 der theologischen und 4 der philosophischen Fakultät an.

Wahlreform in Baden. Die Kommission für Wahlreform hat der Kammer folgenden Vorschlag unterbreitet: das Haus möge beschließen, das Einverständnis mit einer Reorganisation der 1. Kammer im Sinne einer stärkeren Vertretung der Interessen der auf Gesetz beruhenden wirtschaftlichen Korporationen auszusprechen, jedoch mit der Maßgabe, daß das Verhältnis der Zahl der Mitglieder der 1. Kammer zu jener der Mitglieder der 2. Kammer keine wesentliche Gewichtsverschiebung erfahren soll; die Regierung zu ersuchen, im Zusammenhang mit der Verfassungsreform eine Gesetzesvorlage behufs anderweiter Umgrenzung der Landtagswahlbezirke auf der Grundlage zu machen, daß a) die bisherigen Städteprivilegien mit der Modifikation fortbestehen, daß den Städten Durlach, Lörrach (mit Stetten), Bruchsal, Lahr, Offenburg, Rastatt, Baden und Konstanz je 1, Heidelberg und Pforzheim je 2, Freiburg 3, Karlsruhe 4 und Mannheim 6 Abgeordnetensitze zufallen, b) das übrige Land unter thunlichster Berücksichtigung der historischen, geographischen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der einzelnen Gebiete in Wahlbezirke von durchschnittlich 25 000 Einwohnern eingeteilt wird.

Minister Schenkel erklärte, dieser Antrag sei für die Regierung nicht annehmbar. Auch die Regierung wolle das indirekte Wahlrecht durch das direkte ersetzen und stehe auf dem Standpunkt, daß sämtliche Mitglieder der 2. Kammer aus direkter Wahl hervorgehen sollten. Dagegen könne in diesem Falle das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht ohne jede Eingrenzung und jedes Gegengewicht aufrecht erhalten bleiben. Ueberhaupt lasse sich die Wahlrechtsfrage nicht für sich allein lösen, sondern nur im Zusammenhang mit einer ausgedehnten Revision der Verfassung. Endlich gab der Minister die Absicht der Regierung kund, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über die Revision der Verfassung vorzulegen, in dem alle diese Fragen ihre Erledigung finden sollten, und gab anheim, ob man nicht angesichts dieser Sachlage von dem gestellten Antrage Abstand nehmen und sich mit einer Resolution begnügen wolle.

Die Kommission hat diese Ausführungen in Erwägung gezogen, konnte daraus aber keinen hinreichenden Grund entnehmen, von ihren Anschauungen abzugehen. Sie hat daher beschlossen, den gestellten Antrag aufrecht zu erhalten, und ersucht das Haus, ihm beizutreten.

Kleine politische Nachrichten. Der ehemalige Präsident des Reichstages Frhr. v. Buol-Berenberg ist in Baden-Baden gestorben.

Frankreich.

Gegen die Pfaffenherrschaft. Abgeordneter Denys Cochin interpellierte die Regierung über das jüngst ergangene Dekret, das die Schließung von 135 Kongregationsschulen d. h. Pfaffenschulen anordnet. Er erklärte, das Dekret verletze das Gesetz von 1886. Gayraud machte der Regierung den Vorwurf, das Vereinsgesetz schlecht zu interpretieren. Der Ministerpräsident Combes erwiderte, daß die Kongregationen überall neue Schulen oder neue Niederlassungen gründen, die vorher der staatlichen Genehmigung bedürfen. So habe der Staatsrat interpretiert. Die Regierung sei entschlossen, jeden Widerstand zu brechen, dem Geiste der Revolution zum Siege zu verhelfen und die Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Den gegen diese nicht staatlich genehmigten Kongregationsschulen getroffenen Maßnahmen würden in nächster Zeit mehrere andere folgen. (Stürmischer Beifall links.) Die Kammer beschließt mit 300 gegen 218 Stimmen, daß die Rede Combes' öffentlich angeschlagen werde.

Zur Affaire Humbert. Eine vom Untersuchungsrichter in der Humbert-Angelegenheit angeordnete Haussuchung in der Druckerei der französischen Staatspapiere ergab, daß die beiden Rententitres, welche Frau Humbert den Opfern ihrer Betrügereien zu zeigen pflegte, gefälscht waren. Sie besaß nur drei Stücke, welche auf ganz geringe Beträge lauteten und von ihr in Rententiteln über 300 000 und 400 000 Franken umgewandelt worden, so daß es ihr nicht schwer war, große Summen geborgt zu erhalten. Im Gaulois läßt ein Anonymus den Justizminister Vallée wissen, daß die Karawane Humbert und Daurignac nicht im Traume daran gedacht habe, Frankreich und selbst nur die Umgebung von Paris zu verlassen. Sie befinde sich wohl und munter in einer schmucken Villa zwischen Sèvres und Bellevue unter der Hut von vier Geheimpolizisten, von denen er (der Anonymus) einen beim Namen nennen könnte, wenn man es wünschte. Die Humberts und Daurignacs lebten dort ruhig und ungestört, wüßten aber, um unliebsamen Entdeckungen vorzubeugen, sich beständig innerhalb der vier Mauern ihres Asyls aufzuhalten. Der Gewährsmann des Gaulois fügt hinzu, daß er keinen Augenblick zweifle, Herrn Vallée sei diese Thatsache unbekannt; ja, er könne dieses sogar beschwören, und deshalb eben setze er ihn durch die Zeitung von dieser interessanten Entdeckung in Kenntnis.

In Lyon verhaftete die Polizei kürzlich den Sohn des Notars Parmentier, des bereits in Haft befindlichen Sachwalters der angeblichen Crawfords. Die Verhaftung des jungen Parmentier steht jedoch, nach dem Petit Parisien, nur in einem indirekten Zusammenhang mit der Humbert-Affaire. Um Geld von seinem Vater zu erpressen, hatte der Sohn 150 Dokumente an sich genommen, welche die Humbert-Affaire betreffen, aber wertlos waren. Der Vater, um den wiederholten Erpressungsversuchen des Sohnes ein Ende zu machen, zeigte ihn wegen Dokumentenunterschlagung an.

Portugal.

Judaslohn. Die portugiesische Regierung verlangt jetzt von England die Rückerstattung von 720 000 Franken, die von Portugal für den Unterhalt der Burengefangenen verausgabt worden sind. Portugal hat durch schnöden Neutralitätsbruch den Engländern im Burenkrieg so viel gute Dienste geleistet, daß das reiche England diese kleine Dankesschuld gut und gern abtragen könnte. Ob freilich Chamberlain zahlen wird, bezweifeln wir.

England.

Die auswärtige Politik Englands. Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes beklagt im Unterhause der Abgeordnete Dilke in Bezug auf das französisch-italienische Einvernehmen den Verlust der bisherigen guten Beziehungen zu Italien. Dieser Verlust sei eine der schwierigsten Fragen, mit denen England zu rechnen habe. Das neue Einvernehmen zwischen Frankreich und Italien stehe in direktem Widerspruch zu dem englisch-italienischen Einvernehmen, dessen Gegenstand die Erhaltung des bestehenden Zustandes gewesen sei, während das neue Arrangement zwischen Frankreich und Italien im Hinblick auf eine mögliche Störung des bestehenden Zustandes getroffen sei. Die Lage im Mittelmeere sei durch dieses Einvernehmen vollständig geändert und England müsse sich infolgedessen auf eine Gefahr in Marokko gefaßt machen. Die Regierung sei für den Verlust des auf den Frieden gerichteten Bündnisses mit Italien verantwortlich. Dilke verurteilt ferner die englische Politik in China als schwach und voller Widersprüche. Eine deutliche Abgrenzung ihrer Interessen in China durch Rußland und England würde zu einem guten Ergebnis führen. Er fragt weiter an, ob ein geheimes Einvernehmen zwischen Deutschland und England bestehe, das Deutschland Zugang zum persischen Golf verschaffe. Er erklärt sodann, die gegenwärtige Zeit sei günstig, um ein besseres Einvernehmen mit Frankreich herbeizuführen über in der Schwebe befindliche Fragen.

Gegen den Alkoholismus. Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Vorlage an, wodurch die Bestimmungen über den Verkauf von berauschenden Getränken verschärft werden.

Rußland.

Neue Unruhen. Die Köln. Ztg. meldet: „In Rostow am Don, Gouvernement Jekaterinoslaw, sind in den letzten Tagen ernste Unruhen ausgebrochen. Eine beträchtliche Anzahl Arbeiter drang in mehrere Fabriken ein, plünderte und zerstörte dort alles und vernichtete die Maschinen; gleichzeitig plünderte das Landvolk in der Umgegend die Häuser der Gutsbesitzer und Pächter. Militär mußte einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Soldaten schossen in die Menge und töteten oder verwundeten eine große Zahl der Ruhestörer. Die Landleute sowie die Arbeiter waren aufgewiegelt worden und wurden bei den Ausschreitungen geführt durch Fremde, die eine Phantasie-Uniform und Ordensauszeichnungen trugen und sich als Sendboten des Zaren ausgaben. Sie redeten auf den Pöbel ein, die Maschinen seien nur ein Mittel, um die Zahl der Arbeiter immer mehr zu beschränken und den Ruin der Armen herbeizuführen, worüber der gütige Herrscher selbst tief betrübt sei. In einem großen Teile von Süd-Rußland, namentlich in den Gouvernements Charkow, Poltawa, Kiew, Woronesch, Saratow, Cherson, Jekaterinoslaw, sowie im nördlichen Kaukasus, macht sich bei dem niedern Volke eine gefahrdrohende Gärung bemerkbar."

Wenn man von den üblichen Zuthaten absieht, so hat man hier einen neuen Beleg für die Thatsache, daß es in Rußland weiter gärt.

Süd-Afrika.

Daß die Konzentrationslager wahre Mordgruben gewesen sind, zeigt die neueste Statistik, wonach in den Konzentrationslagern 20 147 Buren gestorben sind, darunter 15 708 Kinder unter zwölf Jahren. Die höchste Ziffer von Todesfällen (2561 Kinder und 511 Erwachsene) fiel auf den Oktober 1901.

Die Eingeborenenfrage. Den Buren ist von den Engländern mehrfach vorgeworfen worden, daß sie die Eingeborenen Südafrikas zu schlecht behandelten. Jetzt stellt ein Berichterstatter des Reuter'schen Bureaus in einem längeren Berichte aus Natal fest, daß die Behandlung durch die Engländer zu Zuständen geführt hat, die für Südafrika außerordentlich bedenklich sind und zu einer Katastrophe führen können, wenn gegen die Eingeborenen nicht ernstere Maßnahmen ergriffen werden.

Kleine Nachrichten aus dem Auslande. Die gesamte philosophische Fakultät der Universität Bern hat an Prof. Vetter, der seit 1886 Ordinarius für germanische Philologie ist, eine Adresse gerichtet, welche ihn bestimmen soll, seine Demission als Hochschulprofessor zurückzunehmen. — Durch eine Konversion der 3prozentigen französischen Rente in eine 3½prozentige, die Finanzminister Rouvier am nächsten Dienstag der Kammer in einem Gesetzentwurf vorschlagen wird, soll eine jährliche Ersparnis von 35 Mill. Franken erzielt werden. — Daß Kormann-Schumann aus der Schweiz ausgewiesen worden ist, erklärt die Neue Züricher Ztg. für unrichtig.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Töpfer! In der Ofenfabrik Saxonia bestehen Differenzen, auch sind mehrfach Maßregelungen vorgekommen. Zuzug ist deshalb zu vermeiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Brotwucherer-Freunde im christlichen Gewerkschaftslager haben gesiegt. Auf dem Kongreß wurde beschlossen, den christlich-sozialen Metallarbeiterverband Duisburg so lange aus dem Gesamtverband auszuschließen, als er nicht die gegen die anderen Gewerkschaftsführer gerichteten Angriffe Wieberś mißbilligt. Der Ausschuß des Gesamtverbandes wird beauftragt, unverzüglich Schritte zur Gründung eines neuen Metallarbeiterverbandes zu thun. Den christlichen Ortskartellen wird aufgegeben, so lange den gewerkschaftlichen Verkehr mit dem Wieber'schen Verbande abzubrechen, als obiger Beschluß aufrecht erhalten wird.

Es ist das im Interesse der Klarheit der Situation nur mit Freuden zu begrüßen. Alle Elemente im christlichen Lager, die bisher nur aus religiösen Bedenken nicht zu uns gekommen sind, werden sich wohl entziehen, daß sie Selbstmord begehen, wenn sie länger noch der frommen Gesellschaft bleiben, die den Plänen der Brotwucherer und Scharfmacher indirekt Vorschub leisten.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

2. Präliminarsitzung am 4. Juli, mittags 12½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht: Konstituierung der Kammer.

Der Präsident teilt mit, daß die Präsidenten vom Könige verpflichtet worden sind und erklärt die Kammer für konstituiert. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Dauer der Sitzung etwa eine Minute.

Die erste öffentliche Sitzung wird für denselben Tag, abends 6 Uhr, anberaumt.

1. öffentliche Sitzung am 4. Juli, abends 6 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht: Wahl der Deputationen.

Auf Vorschlag des Präsidiums beschließt die Kammer, nur die Gesetzgebungsdeputation und die Finanzdeputation A einzusetzen.

Darauf werden auf einen Vorschlag des Abg. Kuglmayer hin die früheren Mitglieder dieser Deputationen wiedergewählt. Die Deputationen haben sich sofort konstituiert und wiederum die Abgg. Hummel (Finanzdeputation) und Opitz (Gesetzgebungsdeputation) zu Vorsitzenden ernannt.

2. öffentl. Sitzung. Sonnabend den 5. Juli, vorm. 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat über die Erhöhung der Zivilliste und der Apanagen.

Abg. Opitz schildert eingehend nach der Vorlage, in welcher Weise die Erhöhungen stattfinden sollen. Bewilligt wurde für dies Jahr eine Mehrausgabe von 100 000 M. zu verrechnen sein, für weitere Finanzperioden aber würde sich durch den Mehraufwand eine dauernde Belastung von 600 000 M. ergeben. In der Begründung der Vorlage werde angeführt, daß die Zivilliste auch nicht annähernd mehr hinreiche, die verfassungsmäßigen Verpflichtungen der Krone zu erfüllen. Es wird ferner auf den langen Zeitraum hingewiesen, der zwischen der Gegenwart und der letzten Erhöhung der Zivilliste liegt und erwähnt, daß der Geldwert seit dieser Zeit erheblich gesunken ist. Bei der Prüfung der Angelegenheit müssen wir festhalten, daß die Frage für uns nicht eine ausschließlich finanzielle sein kann; es ist vielmehr auch eine Frage der ganzen Beziehungen, in welchen das Volk zu seinem Herrscher steht und die Zustimmung ein Akt monarchischer Gesinnung. Zum anderen muß als wesentlicher Gesichtspunkt in Frage kommen, daß das Bewilligungsrecht, das der Landtag ausübt, der Zivilliste hier einen anderen Charakter als das sonstige Bewilligungsrecht der Kammer. Wir haben die Zivilliste des Königs nicht anzusehen, wie den Gehalt eines Beamten. Die Zivilliste ist vielmehr eine Gegenleistung für die seiner Zeit erfolgte Abtretung der königlichen Forsten und Domänen an den Staat. Es besteht deshalb auch einfach die Meinung vor, daß die Zivilliste ein Vertragsverhältnis zwischen den Ständen und der Krone darstelle. Ich will mich über die Berechtigung dieser Ansicht nicht näher auslassen, jedenfalls aber müssen wir diese Gründe beachten. — Durchschlagend für die Erhöhung der Zivilliste ist der Hinweis darauf, daß seit 1854 der Geldwert erheblich gesunken ist und deshalb die Kosten für die verschiedenen Aufwendungen der Krone gestiegen sind. Wenn man das berücksichtigt, so kann man wohl behaupten, daß das dasjenige, was den Beamten recht ist, dem kgl. Hause billig sein muß. Wenn man ferner erwägt, daß der zweitaus größte Teil der Zivilliste nicht zu persönlichen Ausgaben, sondern zu Zwecken der Repräsentation verwendet wird, so muß man die Berechtigung der Erhöhung ohne weiteres zugeben.

Die Regierung hat nun durch eine Aufstellung nachgewiesen, daß die Erträge aus den kgl. Forsten und Domänen jetzt wesentlich höher als zur Zeit der Abtretung waren. Dagegen mag sich allerdings einwenden lassen, daß der Bestand auch wesentlich erweitert worden ist. Allein die Ankäufe sind nicht aus Staatsmitteln erfolgt, sondern aus Fonds bestritten worden, die wiederum aus den Erträgen des Staatsvermögens resultierten. Wenn wir nun erfahren, daß die Einkünfte aus diesem Besitztum um das siebenfache gestiegen sind, so wird man schon aus diesem Grunde der Regierung zugestehen müssen, daß eine Erhöhung der Zivilliste und der Apanagen berechtigt ist. — Aus allen diesen Gründen bin ich von meinen politischen Freunden beauftragt, zu erklären, daß wir die Bewilligung der gestellten Forderungen als einen Akt der Notwendigkeit ansehen und unsere Zustimmung dazu geben. Eine andere Frage ist, ob die vorgeschlagene Erhöhung den Verhältnissen entspricht. Auch in dieser Beziehung und von diesem Standpunkt aus müssen wir vorbehältlich der Prüfung einiger Punkte die Forderung als angemessen betrachten. Wir sind aber dem Lande und dem Volke schuldig, die Mehrforderung auf das eingehendste zu prüfen. Wenn ich vom Volke spreche, so meine ich nicht jenen Teil des Volkes, der auch diese Gelegenheit benutzt, gegen die Monarchie zu schüren und den Haß gegen das Bestehende anzufachen und dessen Presse jetzt schon so weit gegangen ist, zu behaupten, die Erhöhung der Zivilliste gehe von den Ständen aus. Eine eingehende Prüfung der Forderung ist aber nötig, weil mit Recht vom Lande dann geltend gemacht werden kann, daß die Mehraufwendungen in einem angemessenen Verhältnis zu den Staatsmitteln stehen müssen.

Was die Apanagen anbelangt, so liegen die Dinge hier noch [illegible], denn es sind seit dem Jahre 1854 noch keinerlei Aufbesserungen erfolgt. Was aber die Königin-Witwe betrifft, so möchte ich die Ueberzeugung aussprechen, daß es das Volk als eine Genugthuung empfinden wird, wenn die edle Frau eine Zuwendung erhält, um mehr noch als jetzt Elend mildern und Schmerzen stillen zu können.

Abg. Dr. Schill: Wenn ich den Anschauungen meiner politischen Freunde hier Ausdruck gebe und unsere Stellung zu dem vorliegenden Dekret in kurzen Zügen darlege, so fühle ich mich von einer gewissen Zaghaftigkeit nicht ganz frei. Man brauchte keine besonderen Seherg aben zu besitzen, wenn man sagt, daß die gegenwärtige Zeit, unmittelbar hinter einem Landtage, in dem wir uns so viel über die Finanzlage des Staates unterhalten haben, nicht geeignet ist, Sympathie für eine Vorlage, wie die gegenwärtige, zu erwecken. Es giebt jedoch für eine Landesvertretung Aufgaben, wo sie die Pflicht hat, lediglich zu prüfen, ohne nach der Meinung breiter Volkskreise zu fragen. In einer solchen Aufgabe befindet sich die Meinung meiner politischen Freunde auch die gegenwärtige Vorlage. Wenn wir uns der Vorlage gegenüber zustimmend verhalten, so beruht das auf folgenden Erwägungen: Wir haben davon auszugehen, daß die rechtliche Basis, auf welcher die Zivilliste und die Apanagen beruhen, uns gewisse Verpflichtungen auferlegt. Nicht müssen und können wir die Höhe der geforderten Summen prüfen, aber wir können nicht nach völlig freiem Belieben schalten und walten. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Ausgaben der Krone in der Verfassung, dem Grundgesetz des Landes, festgestellt sind. Sie muß für die Löhne der Hofbeamten in bestimmter Höhe, den Bauaufwand und andere Aufgaben aufkommen. Sie kann aber den Verpflichtungen nicht nachkommen, wenn die Zuwendungen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen. Daraus ergiebt sich für uns die Notwendigkeit, die Zivilliste so festzusetzen, daß der Krone den verfassungsmäßigen Anforderungen nachkommen kann. Die Regierung hat nun darauf hingewiesen, welche Veränderungen seit der letzten Festlegung der Zivilliste und der Apanagen zu verzeichnen sind und die Anforderungen ganz erheblich gestiegen sind. Wir können zugeben, daß nach allgemeinen Wahrnehmungen die Begründung im allgemeinen richtig ist, allein ich halte eine eingehende Prüfung doch für notwendig und schließe mich dem Antrage meines Vorredners auf Ueberweisung der Vorlage an eine Deputation an. Zu der Beratung in der Deputation hätte ich nur noch den Wunsch, daß uns noch etwas mehr informatorisches Material über den Bauaufwand, die Löhne usw. zur Verfügung gestellt wird. Dadurch wird der Deputation die Entschließung erleichtert werden.

Ich möchte nochmals betonen, daß unsere Entschließung nicht völlig frei ist und nicht nach Belieben gewählt werden kann, sondern wir bis zu einem gewissen Grade gebunden sind, die Frage in angemessener Weise zu erledigen. Was die Apanagen anbelangt, so stehen wir rechtlich etwas anders, denn hier nennt das Hausgesetz bestimmte Summen. Aber gerade hier muß uns die Zustimmung um so leichter fallen, wenn wir bedenken, daß die Summen, die 1854 ausreichend gewesen sind, heute unter den obwaltenden Umständen nicht mehr ausreichen können. Darüber kann kein Zweifel obwalten und ich kann erklären, daß meine politischen Freunde auch die Erhöhung der Apanagen bewilligen. Meine politischen Freunde haben von jeher die Wurzel des Staates in der Monarchie gesucht. Wir geben bei dieser Gelegenheit die Konsequenzen und sind bereit, der Monarchie das zu bewilligen, was zur Aufrechterhaltung ihrer Würde nötig ist.

Abg. Gräfe erklärt nach sehr unklaren Auslassungen, daß er für die Vorlage stimmen wird, wenn er auch bezüglich des Zukunftstrends der Erhöhungen die Bedenken nicht unterdrücken könne, daß den Beamten billig sein müsse, was der Regierung recht sei.

Abg. Enke: Der Abg. Opitz hat davon gesprochen, daß eine gewisse Presse sich der Angelegenheit bemächtigt und sie für ihre Interessen ausbeutet. Ich glaube, daß der Abg. Opitz die sozialdemokratische Presse im Auge gehabt hat. Ich verfolge diese Presse nicht und habe deshalb darüber kein Urteil. Vor mir aber liegt eine Zeitung, die das Menschenmögliche in der Verunglimpfung der Kammer leistet; es sind die Dresdner Neuesten Nachrichten. Ich will das hier feststellen, um diese Sorte Presse zu kennzeichnen.

Darauf wird die Vorlage einem Vorschlage des Abg. Opitz zufolge der Finanzdeputation und der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Der Präsident teilt noch mit, daß zu der nächsten Sitzung durch Karte eingeladen werden soll, sobald die Deputationen ihre Arbeiten beendet haben.

Vermischtes.

Ein kleiner Reinfall. In der Londoner Wochenschrift Ladies Realm hat die „Tochter eines Pairs" das ungeheure Pech gehabt, Krönungsfeierlichkeiten zu beschreiben und zu kritisieren, die zum Unglück für die Schriftstellerin gar nicht stattfanden. Von der Krönung sagt sie: „Der Anblick der Krönung war prachtvoll für diejenigen, die in der Abbey waren. Die Juwelen und Orden boten ein unbeschreibliches Bild." Die Patriotische wohnte sodann der abgesagten Gala-Oper bei und kritisiert die unglücklichen Sänger, die gar nicht gesungen haben, mit rücksichtsloser Schärfe. Sie sagt: „Wir haben selten einen schlechteren Chor gehört. Der berühmte Jean hat nicht mehr seine wundervolle Kraft wie früher. Caruso enttäuschte ganz entschieden. Außerdem erhebt man Klage für ein Viertel des mehr verlangten Preises."

Auch in einer im ehemalig Hillger'schen Verlage zu Berlin erscheinenden Wochenschrift werden — die Krönungsfeierlichkeiten beschrieben.

Letzte Telegramme.

Naumburg, 5. Juli. Hier wurde in seiner Wohnung der Photograph Bolt erhängt aufgefunden.

Berlin, 5. Juli. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, hält man dort an der Hoffnung fest, daß die Zolltarif-Kommission noch bis Anfang August mit der ersten Lesung fertig werden wird, so schleppend auch bisher der Gang der Verhandlungen gewesen ist. In der zweiten Lesung wird aller Voraussicht nach in Bezug auf Mindestzölle für Getreide die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden. Nur in Bezug auf Gerste dürfte der Bundesrat nachgeben und sich mit einer Erhöhung des Mindestzolls um 50 Pf. einverstanden erklären. Bestimmte Angaben liegen darüber vor.

Petersburg, 5. Juli. Die aus Port Arthur einlaufenden Nachrichten über die Lage in China lauten sehr beunruhigend. Der Aufstand nimmt zu. Es sind schon 11 Provinzen erfaßt. Die Empörung in China schreitet fort. Gegen die Aufrührer entsandte Regierungstruppen gehen zu den Rebellen über. Der Aufstand bezweckt die Entfernung der Europäer, hauptsächlich der Missionare.

Wetterbericht nach der Wetterstation an der Augustusbrücke vom 5. Juli, vormittags 11½ Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich.
Thermometer: + 14½° R.
Thermometerstand n. R.: Min. + 8, Maxim. + 13.
Hygrometer: 86°.
Wasserwärme der Elbe: + 16°.
Wasserstand der Elbe: — 133 cm.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020705/3
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG